

Attac Thüringen und ver.di machen Front gegen PPP

„Public Private Partnership – Ausweg oder Irrweg? - Eine Podiumsdiskussion“

Donnerstag, 18. März, Weimar, Gewölbekeller Stadtbibliothek, Steubenstraße 1

Die öffentlichen Kassen sind leer. Darum setzen Kommunen jetzt auf PPP. Public Private Partnership heißt so viel wie die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur. Oder anders ausgedrückt: Kommunale Projekte werden durch privatwirtschaftliche Mittel in's Rollen gebracht.

PPP ist eine besondere Form der Privatisierung. Das geben Lobbyisten offen zu. Privatisierung heißt auch Schaffung von Kapital. Für den Unternehmer. So kleidet sich deren Partnerschaft mit Städten und Gemeinden in einen Schafspelz. Öffentliches Eigentum wie Straßenbau, Schulen, kulturelle und soziale Einrichtungen wird, in Verträge gepackt, privaten Unternehmen überantwortet mit dem Ergebnis von Gewinnstreben.

PPP-Projekte sind sehr umstritten in der Politik aller Parteien und auch in der öffentlichen Wirtschaft. So zeigte sich zum Beispiel Dr. Werner Pidde, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag kürzlich gegenüber dem Erfurter Hörfunksender Radio FREI sehr kritisch: „Wir müssen im Vorfeld die PPP-Verträge genauestens prüfen. Die Kontrolle der Projekte darf sich der öffentlichen Kontrolle nicht entziehen. Das Wohl der Kommune und der Bevölkerung müssen immer im Vordergrund stehen.“ Der Begriff Partnerschaft sei Piddes Meinung nach „nicht der richtige Ausdruck“. Es sei „ein Geschäft, das müssen wir so sehen, ein Geschäft zwischen Staat und einem privaten Investor“.

Derzeit sind deutschlandweit etwa 150 PPP-Projekte in Arbeit. In Kooperation mit dem Thüringer Finanzministerium laufen im Freistaat im Moment zwei Projekte wie zum Beispiel der Autobahnneubau der A 4 bei Eisenach, zwei weitere sind in's Auge gefasst.

Attac Deutschland, die globalisierungskritische Organisation, sieht durch die Installierung von PPP-Projekten „elementare Bereiche unserer Lebensgrundlagen wie Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Straßen, aber auch Gefängnisse und Friedhöfe in Gefahr“. Sie würden dadurch zu Finanzprodukten und Spekulationskapital, deren Schlappen die Bürger zahlen müssten. Das sagt Mike Nagler, Attac-Mitglied und Finanzexperte aus Leipzig.

In der Bevölkerung hat gegenüber von Privatisierungen längst eine Sensibilisierung stattgefunden. Dennoch stehen viele den öffentlich-privaten Partnerschaften immer noch unkritisch gegenüber. Nicht selten sogar aufgeschlossen. Wenn es „vom Staat“ kommt, ist es nichts Verkehrtes, denken viele.

Warum könnte PPP unserer Demokratie schaden? Warum werden die Verträge weitestgehend geheim gehalten? Aus welchen Gründen sollten öffentliche Güter in Privathände gegeben werden?

Mit diesen und anderen Fragen wird sich eine Podiumsdiskussion zum Thema mit prominenter Besetzung aus Wissenschaft und Wirtschaft beschäftigen.

Für Donnerstag, 18. März, ab 19 Uhr, lädt Attac Thüringen zum Hören und Diskutieren in den Gewölbekeller der Stadtbibliothek Weimar ein. Unter den Gästen sind Prof. Dr. Hans Wilhelm Alfen von der Bauhaus-Universität Weimar, Renate Sternatz von der Bundesverwaltung der Gewerkschaft ver.di, Berlin, Ulf Greiner Mai, Ingenieurkammer Thüringen, und Robert Kösling als Gutachter von „Urbane Infrastruktur“, Berlin. Die Veranstaltung wird Volkswirtschaftler Prof. Dr. Thomas Sauer, FH Jena, moderieren. Der Eintritt ist frei.

Im Vorfeld der Veranstaltung findet am Vortag, Mittwoch, 17. März, ab 11 Uhr, vor der Weimarahalle eine Aktion zum Thema statt. Organisiert von Attac Thüringen in Zusammenarbeit mit der Berliner Initiative „PPP-Irrweg“. Auch Attac Thüringen wird ab 12 Uhr mit einem Info-Stand dabei sein.
